

Antrag

der Abgeordneten Ralph Lenkert, Dr. Gesine Löttsch, Dr. André Hahn, Susanne Ferschl, Gökyay Akbulut, Lorenz Gösta Beutin, Matthias W. Birkwald, Heidrun Bluhm, Jörg Cezanne, Sylvia Gabelmann, Kerstin Kassner, Dr. Achim Kessler, Katja Kipping, Jan Korte, Jutta Krellmann, Caren Lay, Sabine Leidig, Michael Leutert, Cornelia Möhring, Amira Mohamed Ali, Sören Pellmann, Victor Perli, Ingrid Remmers, Friedrich Straetmanns, Dr. Kirsten Tackmann, Jessica Tatti, Andreas Wagner, Harald Weinberg, Hubertus Zdebel, Sabine Zimmermann (Zwickau), Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Ende der Zeitumstellung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Bundestag begrüßt die bisherigen Initiativen auf EU-Ebene, die zur Abschaffung der jahreszeitlichen Zeitumstellung führen sollen. Nach einem Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie zur Abschaffung der jahreszeitlich bedingten Zeitumstellung und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/84/EG (KOM(2018) 639 endg.; Ratsdok. 12118/18) ist abzusehen, dass sich nach Vorschlag des EU-Parlaments und der EU-Kommission die Mitgliedstaaten selbst entscheiden sollen, ob sie zur Normalzeit zurückkehren oder die Sommerzeit dauerhaft weiterführen wollen.

Während es kaum Anhaltspunkte gibt, nach denen die Zeitumstellung an sich heute noch nutzbringend ist, so gibt es jedoch Anzeichen dafür, dass die Sommerzeit (UTC+2) Vorteile gegenüber der in Deutschland in den Wintermonaten verwendeten und astronomisch zutreffenden Standardzeit MEZ (UTC+1) hat. Die Verschiebung der Uhrzeit vom astronomischen Mittel um eine Stunde nach vorn entspricht demnach eher den in die zweite Tageshälfte hinein verschobenen Aktivphasen der soziokulturell geprägten Tagesrhythmen des größten Teils der Bevölkerung.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich im Europäischen Rat für eine unverzügliche Beratung und Beschlussfassung eines Richtlinienentwurfes zur Abschaffung der jahreszeitlich bedingten Zeitumstellung einzusetzen;
2. im Europäischen Rat anzukündigen, dass die Bundesrepublik Deutschland mit Ende der jahreszeitlichen Zeitumstellung von einer dauerhaften Anwendung der Sommerzeit Gebrauch machen möchte;

3. nach Abschaffung der verpflichtenden Zeitumstellung die dauerhafte Beibehaltung bzw. Einführung der Mitteleuropäischen Sommerzeit (MESZ; UTC+2) für die Bundesrepublik Deutschland umzusetzen.

Berlin, den 12. März 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion